



Stetthäufiger Abonnementssprell in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Postz 2 Thlr. 16 Grt. — Insertionsgebühr für den Raum einer
sechshundertstel Zeile in Pettichrist 8 Grt.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Inhalte Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

N. 524. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 8. November 1873.

Deutschland.

Berlin, 7. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Bergbaupräsidenten Dr. Huyken zu Halle a. S., dem Kreisgerichts-Rath a. D. Wolland zu Saal und dem Kataster-Inspector, Steuer-Rath Haarbeck zu Münster den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kreisgerichts-Rath Dietmar zu Bernau und dem Steuer-Einnehmer Glogau zu Wronke im Kreise den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem ordentlichen Professor an der Universität in Bonn, Bergbaupräsident a. D. Dr. Noecker a. b. den Stern zum königlichen Kronenorden zweiter Klasse; dem Regierungs- und Geheimen Medizinal-Rath Dr. Götter zu Oppeln und dem Rath und Senator zum Sanden in Lingen den königlichen Kronenorden dritter Klasse; dem Bürgermeister von Tilsit, Second-Lieutenant a. D. Hausmann zu Quedlinburg im Kreise Cleve den königlichen Kronenorden vierter Klasse; dem Präses der Westfälischen Provinzial-Synode, Pfarrer Dr. Albert zu Gevelsberg im Kreise Hagen, den Adler der Comture des königlichen Hausordens von Hohenlohe; dem Schultheiß und Küster Steinbrück zu Woltin, im Kreise Greifenhagen, den Adler der Inhaber desselben Ordens; sowie dem Kaufmann Albert Crohn zu Königsberg i. Pr. die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

[Se. Majestät der Kaiser und König] haben eine den Umständen nach günstige Nacht gehabt, so daß zu hoffen ist, die Befreiung in dem Besinden Sr. Majestät werde mehr und mehr hervortreten. (Reichsanzeiger.)

Se. Majestät der König hat den Kreisgerichts-Director von Bergen zu Orléansburg in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Reichenbach i. Schl. versetzt; den Appellationsgerichts-Rath Bassenge zu Ratibor zum Director des Kreisgerichts in Neustadt O.S. ernannt; dem Ober-Gerichts-Assessor Braun in Celle den Charakter als Ober-Gerichts-Rath; dem Rechtsanwalt und Notar Weigel in Merseburg den Charakter als Justiz-Rath; und dem praktischen Arzt Dr. Carl Panthel zu Ems den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Dem Chemiker Dr. Adalbert Wachhausen zu Wiesbaden ist unter dem 4. November d. J. ein Patent auf ein Verfahren der Herstellung der weißen Dachfarbe auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Civil-Jugendeten Richard Emil Schmidt zu Dresden ist unter dem 3. November d. J. ein Patent auf einen Rubenstoff-Erinnerungs-Apparat auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Louis Voigt aus Lübeck ist unter dem 31. October 1873 ein Patent auf ein Verfahren der Leuchtgas-Bereitung auf drei Jahre ertheilt worden.

Dem Friedensrichter Richard Friedrich Dilthey zu Busendorf ist die nachgeholte Entlassung aus dem Reichs-Justizdienste ertheilt. Der Friedensrichter Julius Adolph Kessel zu Meierwiese ist an das Friedensgericht Busendorf versetzt.

[Declaration] des Artikels 11 der zusätzlichen Uebereinkunft vom 12. October 1871 zu dem Friedensvertrage vom 10. Mai 1871 zwischen Deutschland und Frankreich. Vom 8. October 1873.

Nachdem Zweifel über die Tragweite des Artikels 11 der zusätzlichen Uebereinkunft vom 12. October 1871 zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland und Frankreich vom 10. Mai 1871 hervorgegetreten sind, haben die Unterzeichneten auf Grund der ihnen ertheilten Ermächtigung sich über Folgendes verständigt:

Man ist darüber einverstanden, daß alle Bestimmungen, welche in den vor dem Rei ge zwischen einem oder mehreren deutschen Staaten einerseits, und Frankreich anderseits abgeschlossenen Verträgen über den Schuß der Fabrik- und Handelszeichen getroffen sind, durch Artikel 11 der genannten Uebereinkunft wieder in Kraft gesetzt werden sind.

Zu Urkund dieser haben die Unterzeichneten das gegenwärtige Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen und mit ihren Siegeln versehen.

So gegeben in Paris, den 8. October 1873.

(L. S.) Arnim. (L. S.) Broglie.

Berlin, 7. November. [Zur Ablösung der diesjährigen Hofjagden] in der Leipziger Forst trafen Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz mit Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Karl und Friedrich Karl, dem Prinzen August von Württemberg und der übrigen Hohen Jagdgesellschaft am 5. d. Ms. im Schützenhof ein. Nach dem Dejeuner wurde die Jagd mit einem eingestellten Jagen auf Damwild in den Österreicher eröffnet. Abends begaben sich die höchsten und hohen Herrschaften nach dem Jagdschloss Leitzlingen, woselbst das Jägerstall, an welchem außer Ihren Königlichen Hoheiten auch der Fürst Pleß, der Fürst zu Putbus, der regierende Graf zu Stolberg-Wernigerode, der Oberpräsident von Plaue, der Hofmarschall Graf Perponcher, der General Graf von der Goltz u. Theil nahmen.

Am 6. früh begrüßte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz im Jagdschloss Leitzlingen Se. Königl. Hoheit den Großherzog und Se. Hoheit den Herzog Paul von Mecklenburg-Schwerin, Hochfürstliche zur Theilnahme an den Hofjagden dafelbst eingetroffen waren. Um 8½ erfolgte der Aufbruch zur Jagd im Revier Jaenisch, wo ein eingestelltes Jagen auf Roth-, Dam- und Schwarzwild im Roodel und nach dem Dejeuner freies Treiben auf Roth- und Damwild im Darenstedt stattfand. Abends 5 Uhr kehrte die Hofe Jagdgemeinschaft nach Schloss Leitzlingen zurück, wo um 7 Uhr Diner war.

Nach beendigter Jagd gedenken Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit mit den übrigen Königlichen Prinzen heute Abend mit der Leprin Bach über Gardelegen hier wieder einzutreffen. (Reichsanzeiger.)

[Sr. Majestät dem Kaiser und König] sind aus Anlaß des Schreibens an Se. Heiligkeit den Papst weitere Dank- und Zustimmungs-Adressen unterbreitet worden:

von 550 Bürgern in Gladbach (M.), von 452 Bürgern der Gemeinde Meiderich, Kreis Duisburg, von 338 Bürgern der Stadt Herford, von 262 Einwohnern von Herne, Kreis Bochum, von 409 Bürgern der Stadt Hamm, von 101 Bürgern der Stadt Werden a. d. Ruhr, von der evangelischen Gemeinde zu Beckinghausen, von 143 Bürgern der Gemeinde Homberg in der Grafschaft Mörs, von dem evangelischen Männer- und Junglingsverein zu Esen, von den Mitgliedern der Kreis-Syndikat, von 161 Bürgern der Stadt Rheine, Kreis Gladbach, von 231 Einwohnern in der Bürgermeisterei Söderhövderham (Börde, Kreis Duisburg), von 43 Bürgern des Mönchebergs bei Kassel, von 107 Bürgern der Stadt Osterode am Harz, von 132 Bürgern der Stadt Goslar in Sachsen, von 23 Wahlmännern der Stadt Unna, von den Wahlmännern der Wahlkreise Sieg-Mühlheim-Wipperfürth und Bielefeld-Halle-Herford, von Rath und Stadtverordneten zu Dresden, von den Landtags-Wahlmännern der Großherzoglich badischen Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, von dem Augsburger Bürgerverein, von den Mitgliedern des evangelischen Kirchenverbandes zu Mainz, von den Mitgliedern der Gemeindepfarrkirche zu Leipzig, von 109 Bürgern der Stadt Friedberg in Ober-Hessen, und von vielen einzelnen Personen.

Außerdem sind Sr. Majestät am 4. d. M., dem Tage der Abgeordnetenwahlen, aus gleichem Anlaß zahlreiche zustimmende Telegramme von national-sittenden Wahlmännern zugegangen. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 7. November. [Das Besinden des Kaisers.] — Die Wahlergebnisse. — Vom Bundesrat. Das Besinden des Kaisers ist in forschreitender Besserung begriffen. Der Monarch hat sich schon jetzt über einzelne Regierungs-Angelegenheiten Vortrag halten lassen und wird daher voraussichtlich bald im Staade sein, den Pflichten seines Berufs sich wieder in vollem Umfange zu widmen. Natürlich ist aber von vornherein nicht zu hoffen, daß die Landtags-Sessoin durch den Kaiser persönlich eröffnet werden wird, da selbst, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Reconvoisance in der bislangen Weise vorscheiten sollte, doch die Rücksicht auf die nach einer Krankheits-Anfälle geborene Schwäche des Monarchen die Vollziehung dieses Regierungs-Actes nicht gestatten würde. Die Modalität in der Landtag-Eröffnung sind noch nicht festgestellt. Als feststehend darf man

nur annehmen, daß weder der Kaiser noch der bisherige Ministerpräsident Graf Nooni die Eröffnungsfeierlichkeit vollziehen wird. Das Fürst-Bismarck zu dem Tage nach Berlin kommen wird, ist mindestens sehr unwahrscheinlich. Es bleibt also nur die Alternative, daß die Thronrede entweder durch das älteste anwesende Mitglied des Staats-Ministeriums Grafen Eulenburg oder durch den Finanzminister Camphausen verlesen werden wird, falls dieser bis dahin schon zum stellvertretenden Minister-Präsidenten ernannt ist. Die Wahrscheinlichkeit spricht noch immer für die letztere Eventualität, da die Entscheidung über die Neorganisation des Staatsministeriums, welche nur durch das Unwohlsein des Königs verzögert worden, unmittelbar bevorstehen dürfte. — Bei genauerer Sichtung der Wahlergebnisse stellt sich heraus, daß die ultraconservative Partei doch noch auf einige Mitglieder mehr wird rechnen können. Zunächst steht, fest daß der jüngere Mantuffel, der von einigen Blättern fälschlich einer andern Fraktion zugeschrieben wird, den Ultraconservativen angehört. Außerdem werden der Fraktion aber noch mindestens 2 Gewählte zufallen. Was Herrn von Gerlach betrifft, über dessen Stellung zwischen der ultraconservativen und ultramontanen Partei man im Zweifel sein könnte, so wird derselbe heute von der „Germania“ der Centrumfraktion eingelehnt, der er allerdings ebenso wohl durch die Wählerschaft, der er sein Mandat verdankt, wie durch den Gesamt-Charakter seiner politischen Auffassung zugehört. — Im Bundesrat finden jetzt täglich Ausschusssitzungen statt. Man glaubt, daß die Plenarsitzungen am Ende nächster Woche beginnen und sich zunächst mit legislativen Angelegenheiten der neuen Reichslande beschäftigen werden.

= Berlin, 7. November. [Die Reichstags-Wahlen. — Der landwirtschaftliche Minister. — Die Civilehe. — Die Landtags-Fraktionen.] Wir haben vor längerer Zeit bereits mitgetheilt, daß es in der Absicht liege, nach den Wahlen zum preußischen Landtag der Auflösung des Reichstages näher zu treten und die Neuwahlen für den letzteren in die Wege zu leiten. Es wird nunmehr, wie wir erahnen, der Bundesrat in nächster Zeit zusammenentreten, um sich über die wichtigen Fragen schlüssig zu machen, welche hierbei in Beiracht kommen, d. h. zunächst den Antrag an den Kaiser bezüglich der Auflösung des Reichstages zu richten und den Umfang der Vorlagen festzustellen, welche den Reichstag zunächst in der kurzen Frühjahrssession beschäftigen werden. Da man die Überstreichung des Reichstags nach Berlin noch im Laufe dieses Monats nach offiziellen Mittheilungen erwarten darf, so wird angenommen, daß sich Fürst Bismarck an jenen Berathungen beteiligen werde. Bekanntlich wird das Gesetz über die Organisation des deutschen Heeres den Hauptgegenstand der Berathung in der Frühjahrssession des Reichstages bilden; wir können hinzufügen, daß es an lebhaften Bewährungen nicht fehlt, auch das so wichtige Bankgesetz bis dahin dem Reichstage unterbreiten zu können. Bezüglich der Neuwahlen für den Reichstag sei noch hinzugefügt, daß dieselben zwischen Weihnachten und Neujahr, also zu einer Zeit stattfinden sollen, in welcher die Landtagsmitglieder in ihrer Heimat anwesend sein werden. Die Ernennung des Herrn v. Blankenburg zum Landwirtschafts-Minister mag beabsichtigt gewesen sein, jedenfalls war die Melbung von ihrer Vollziehung verfrüht. Die Angabe, daß jetzt die Sache aufgegeben sei, weil man gewisse, von Herrn v. Blankenburg gestellte Bedingungen nicht erfüllen wolle, findet begreiflicher Weise keinen Glauben. — Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist tatsächlich Wahrscheinlichkeit für die Einführung des Civilehegesetzes vorhanden. Wie würde wohl Herr von Blankenburg als Staatsminister sich zu dieser Frage stellen, nachdem er im Reichstag gegen den bekannten Antrag Hirschius-Wolt gestimmt hat? — Bei dem Bureau des Abgeordnetenpauses gehen bereits zahlreiche Anträge des Mitglieder wegen Belegung der Plätze ein, während die hier wohnenden Fraktionenmitglieder wegen der Gruppierung der Fraktionen unterhandeln. Bei der verschwindend kleinen Zahl von Mitgliedern der rechten Seite sucht man das Centrum zu bewegen, die bei gewordenen Plätze der letzteren einzunehmen und den dahinter liegenden, bisher von den Conservativen benutzten großen Saal für die Fraktion-Veranstaltung zu wählen. Dies Anerbieten ist jedoch abgelehnt worden. Das Centrum will seinen früheren Platz, wonach es auch benannt ist, nicht aufgeben, und es wird daher ein Theil der Nationalliberalen wieder auf der rechten Seite einnehmen müssen. Die wiedergewählten Abgeordneten behalten ihre Plätze.

D.R.C. [Mit der Erkrankung des Kaisers] soll es nicht so leicht zu nehmen sein, wie man allgemein glaubt. Die Erkrankung soll ein nicht unerhebliches Fieber herbeigeführt haben, das zwar im Abnehmen begriffen ist, das aber den Monarchen augenblicklich noch sehr angreift. bemerkenswert ist, daß der „Reichs-Anzeiger“ schon gestern an der Spitze seines Blaues täglich Bulletins (s. oben) über das Besinden des Kaisers bringt. Die Fassung des heutigen Bulletins bestätigt unsere obige Angabe über den Charakter der Erkrankung des Kaisers.

D.R.C. [Die Veränderungen im Ministerium.] Es ist selbstverständlich, daß die Veränderungen, welche in Betreff der Organisation des Staatsministeriums resp. des Präsidiums desselben in Aussicht genommen sind, noch immer das Interesse der politischen Kreise befreien, um so als irg. vor verschiedenen Gerüchten, welche in dieser Beziehung schon die Presse durchlaufen sind, bisher immer noch nichts Bestimmtes über die Lösung dieser Frage und über die Personen, welche hierzu herangezogen werden sollen, gemeldet wird. Es ist deshalb auch jede Nachricht von Interesse, welche sich auf diese Frage bezieht, und aus diesem Grunde nehmen wir von einer Mittheilung Act, die uns aus sonst immer gut informierten Kreisen zugeht. Es heißt nämlich, daß es in der Absicht liege, gleichzeitig mit den neuen Veränderungen im Präsidium des Staatsministeriums ein neues Amt unter der Bezeichnung eines Staatssekretariats des Preußischen Staatsministeriums zu gründen, und daß als Beamter für diese hohe Staatswürde der jetzige Unterstaatssekretär im Justizministerium, Dr. Friedberg, in Aussicht genommen sei. Die Funktionen des neuen Staatssekretärs dürfen dann dieselben sein, welche gegenwärtig für das Reichsfinanzministerium dem Präsidium desselben, Staatsminister Deibelt, obliegen, so daß die leitende Seele, wie im Reichskanzleramt, der Reichskanzler, so im Staatsministerium der das Präsidium wieder übernehmende Fürst Bismarck sein würde und hier dem Staatssekretär nur die Ausführung der Inspektionen des letzteren obliegen würde. Wir geben die Nach-

richt, wie sie uns wird und mit aller Reserve, bemerken jedoch, daß sie uns eben von einer solchen Seite ausgeht, von der man wohl ein Unterrichtseltern voraussetzen kann. — Daß die Angelegenheit übrigens noch nicht ihre Erledigung gefunden hat, dürfte wohl namentlich in der Erkrankung des Kaisers seinen Grund haben und vor der Genesung derselben glaubt man schwerlich auf eine vollständige Regelung dieser Angelegenheit rechnen zu können.

D. R. C. [Ministerfall.] Wie wir hören, wird der Cultusminister Dr. Falk, der bekanntlich in sehr verschiedenen Wahlkreisen zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses gewählt worden ist, die Wahl in dem Kreise Essen-Duisburg annehmen, so daß in den Kreisen Gütersloh-Luckenwalde, Preußisch-Angermünde, Landsberg-Soldin, Hirschberg-Schönau und Osterburg-Stendal eine Nachwahl vorgenommen werden wird.

[Das Staatsministerium] trat heute heute Mittag um 1 Uhr im Gebäude des Staatsministeriums unter dem Vorste des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg zu einer Sitzung zusammen.

[Der Ministerpräsident Feldmarschall Graf v. Nooni] wird morgen Abend hierher kommen, um einige Zeit in Berlin zu verbleiben.

[S. M. S. „Arcona“] ist vorgestern in Plymouth angelkommen. Sie hat in der Nordsee Nordwest-Sturm angetroffen. An Bord Alles wohl.

Stettin, 6. Nov. [Preßprozeß.] In Nr. 449 brachte die „Ostsee-Zeitung“ eine Kritik des am 22. September von der Criminalabteilung des hiesigen Kreisgerichts in der Anklage gegen einen sozialdemokratischen Agitator gefällten freisprechenden Erkenntnisses. Der Schlussatz dieser Kritik lautete: „Beruhigt dies Urteil auf einer richtigen Interpretation des Strafgesetzes, so müßten bis zu einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen sämtliche Staatsanwältschaften angewiesen werden, sich aller derartigen Anklagen zu enthalten; ist aber das Urteil juristisch unhaltbar, so müßte dafür gesorgt werden, daß die Gerichtshöfe, welche in für die Rechtswidrigkeit ihrer Aufgabe erkennen haben, in einer der Wichtigkeit ihrer Aufgabe entsprechenden Weise bestraft werden.“ Hierin fanden die Richter, welche bei der Fällung des Urteils mitgewirkt hatten, den Vorwurf der Unfähigkeit und irrgen deshalb auf Bestrafung des Verfassers jener Kritik „wegen Beleidigung“ an. In der heutigen gegen den verantwortlichen Redakteur der „Ostsee-Zeitung“, Dr. Wolff, welcher sich als Verfasser jener Kritik bekannt hatte, vor dem hiesigen Kreisgericht stattdessen Verhandlung erfolgte seine Verurtheilung zu einer Geldstrafe von 50 Thlr. Der Verurteilte wird dagegen appellieren.

Mecklenburg-Schwerin, 5. November. [Staatsminister v. Bülow.] Über den Staatssekretär im Auswärtigen Amt des Deutschen Reichs v. Bülow bringen die „Meckl. Anzeigen“ einige biographische Notizen, denen wir folgendes entnehmen: Bernhard Ernst v. Bülow stammt aus demjenigen Zweige der Camminer Linie der Familie v. B., welcher sich noch heute im Besitz des Gutes Düstern in Mecklenburg befindet. Sein Großvater war Oberhofmarschall zu Schwerin, sein im Alter von 29 Jahren am 11. December 1816 verstorbener Vater Beamter zu Cöln in Holstein. (Ein älterer Bruder des letzteren war der preußische Gesandte in London, später Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. B., ein Schwiegersohn von Wilhelm v. Humboldt.) Bernhard Ernst v. Bülow, der jetzige Staatssekretär, wurde am 2. August 1815 zu Cöln geboren, studierte in Berlin, Göttingen und Kiel, trat 1839 in den dänischen Staatsdienst und wurde zuerst in der sogenannten deutschen Kanzlei für Schleswig-Holstein-Lauenburg, dann im dänischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angestellt. 1842 zum Geheimrat, 1847 zum Geheimrat, und zum Kammerherrn ernannt. In Hamburg vermählte er sich mit einer Schwester des kürzlich verstorbenen hanseatischen Minister-Residenten Dr. Riedert. Nach Ausbruch des ersten schleswig-holsteinischen Krieges verließ Herr v. Bülow den dänischen Staatsdienst, trat aber am Schlusse des Jahres 1849 in denselben wieder ein, um Dänemark wegen Holstein und Lauenburg bei der Bundes-Central-Kommission in Frankfurt, dann bei dem wiederzusammenretrenden Bundesrat und bei den Dresdener Konferenzen zu vertreten. Nach Beendigung der letzteren wurde er 1851 Bundestagsgesandter, in welcher Stellung er bis zum Jahre 1862 verblieb. Am 1. November 1862 wurde er zum großherzoglich mecklenburg-strelitzschen Staatsminister berufen und im Jahre 1868 für beide Großherzogthümer Mecklenburg zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königl. preußischen Hofe und zugleich zum gemeinsamen Bevollmächtigten im Bundesrat ernannt.

(B. 3.) Hadersleben, 6. Novbr. [„Dannevirke“] bringt heute unter Vorbehalt die Nachricht, der Kronprinz des deutschen Reiches werde noch in dieser Jagdsaison auf Fredensborg erwartet, um an den großen Jagden des dänischen Königs Theil zu nehmen. Aus diesem Besuch glaubt das Blatt eine noch stärkere Gewissheit für eine baldige und „ausgedientstellende“ Abmachung bezüglich der Abreitung Nord-Schleswigs an Dänemark folgern zu dürfen.

Magdeburg, 7. November. [Ernennung.] Die philosophische Facultät der Universität Halle hat, wie die „Magdeburger Zeitung“ mittheilt, den Generalpostdirektor Stephan honoris causa zum Doctor of Philosophy ernannt.

Halle, 7. Nov. [Promotion des General-Postdirektor Stephan.] Soeben ist im hiesigen Universitäts-Gebäude ein Diplom angeschlagen worden, durch welches die philosophische Facultät nach Beschluss vom 30. October dem Herrn General-Postdirektor (primario per Germaniam cursum publici moderatori) Stephan die Würde eines Ehrendoktor's verleiht, oder wie es auf dem Diplome selbst heißt: „... propter multa et egregia merita, quod singulari ingenii sollicita popularum et externorum commercia litterata promovere pergit et jamjam felix illud tempus maturat, quo sublati prope locorum intervallis inventa sensusque cultissimarum gentium in unam societatem celerrime confluunt, idemque propriis laboribus remotissimas terrae plaga scite reclusit sub auspicio fausta novarum aedium paratu magnifico cursus publici Germanici regimini destinatarum doctoris philosophiae artium liberalium magistri gradum, jura, privilegia, immunitates honoris causa delitut.

(... der vielen hervorragenden Verdienste wegen, weil er mit einziger daschender Gewandtheit und Rastlosigkeit den Briefwechsel des In- und Auslandes fördert und immer mehr die glückliche Zeit näher bringt, da der Raum fast aufgehoben ist und die Erfindungen und Erfindungen der gebildeten Völker schleunig Gemeingut werden; und weil er auch durch seine persönlichen Bemühungen die entferntesten Erdstriche wissenschaftlich erschlossen, hat (die Facultät) unter dem günstigen Wahrzeichen des neuen, großartig ausgestalteten, für die Leitung des deutschen Postwesens bestimmten Gebäudes, ihm Grab, Rechte, Vorrechte und Freiheiten eines Doctors der Philosophie und Magisters der freien Künste Ehrenhalber verliehen.)

Dresden, 7. Nov. [Tagesbefehl des Königs.] Der König hat nachstehenden Tagesbefehl an die Armee erlassen:

Tagesbefehl an die Armee.

Dresden, den 5. November 1873.

Soldaten!

Durch Gottes unerschöpfliche Gnade ist das Land seines Königs, seit Ihr Eures Kriegerherren heraus!

In aufrichtiger Trauer Meines Herzens, in der Ich Mich mit Meinem Lande und Meiner Armee vereinigt weiss, ist es Mir ein Bedürfnis, Euch, die Ihr in ernsten wie in guten Tagen in alter Sachentraue zu Meinem in Gott ruhenden Vater standet, heute Meinen Königlichen Dank für Euer bisheriges Verhalten, gleichzeitig aber auch die feste Zuversicht auszusprechen, daß Ihr die hingebende Treue und aufopfernde Tapferkeit, die Ich während Meiner langjährigen Commandoführung, als Euer Führer zu aller Zeit, besonders auch in großen und gefährlichen Zeiten stets an Euch bewundert zu Eurer Ehr, zu Unseres Vaterlandes Wohl!

Das walte Gott!

Albert.

Dresden, 7. November. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] brachte der Abgeordnete Ludwig den Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, das bischöfliche Vicariat wegen der Verlesung des Hirtenbriefes über das Unfehlbarkeits-Dogma von den katholischen Kanzeln zur Rechenschaft zu ziehen und es dazu anzuhalten, daß es mittelst Anschlag in den Kirchen die Erklärung abgebe, die Bekundigung des Hirtenbriefes sei nicht legal erfolgt. Nachdem die Regierung sich gegen die Verhandlung des Ludwig'schen Antrages in sofortiger Schlussberatung ausgesprochen hatte, wurde derselbe an eine Commission zur Berichtigung verwiesen.

Aus dem Großherzogthum Hessen, 4. November. [Das Kirchengesetz.] Die „Main-Ztg.“ schreibt: „Die gestrige Verabsiedlung der zweiten Kammer auf Vorlage eines Kirchengesetzes ist die Antwort auf den Beschluss der ersten Kammer, welcher ein ähnliches Erkennen einsch abließt. Daß die Regierung in dieser Frage mit der zweiten Kammer vollständig hand in Hand geht, ist nicht zweifelhaft, und darf man nach dem Verhalten und den Anerkennungen der Regierungskommissäre einer Vorlage eines Kirchengesetzes Entwurfs in fürstlicher Zeit entgegensehen. Interessant ist es, daß Stimmenverhältnis in beiden Kammern in ihren bezüglichen Beschlüssen im Auge zu fassen. In der zweiten Kammer stimmten gegen den Wunsch auf Vorlage eines Kirchengesetzes nur Abgeordneter Wolz, ultramontan, und Abgeordneter Dumont, der sich immer mehr zum Reichsverger unserer Kammer ausbildet und daher auch bereits in die Gesellschaft des Ultramontanismus gelangt ist. In der ersten Kammer wurde der Beschluß gegen Erlass eines Kirchengesetzes einstimmig gefasst. Darf man auch unterschreiben, daß einzelne Mitglieder in der ersten Kammer für den Erlass eines solchen Gesetzes wären und bei der Vorlage für ein solches stimmen werden, so wäre dies doch nur eine kleine Minorität. Um so mehr scheinen uns Regierung und Mehrheit der zweiten Kammer auf eine durchgehende Verständigung in dieser wie in anderen schwierigen Fragen angewiesen.“

Regensburg, 4. Novbr. [Der Erbprinz Max von Thurn und Taxis] wird demnächst hier eintreffen und nicht mehr nach dem Institut Feldkirch zurückkehren. Die Erbprinzessin soll durch verschiedene Gefahrungen davon abkommen sein, die Erziehung ihres Sohnes ferner geistlichen Händen zu überlassen. (F. J.)

München, 7. November. [Die Kammer der Reichsräthe] hat den Freiherrn von Schrenk zum zweiten Präsidenten, Nethammer und den Grafen Lerchenfeld zu Secretären gewählt. — Der deutsche Kaiser hat dem Professor Dr. Döllinger anlässlich seines fünfzigjährigen Professorenjubiläums durch den hiesigen preußischen Gesandten, Freiherrn v. Werthern, den Rothen Adlerorden 2. Klasse mit dem Stern überreichen lassen.

Stuttgart, 7. November. [Die Regierung] hat beim Landtag den Entwurf zu einer Verfassungsrevision, welche hauptsächlich auf das Recht der Präsidentenwahl und der Initiative gerichtet ist, eingeführt.

Stuttgart, 5. November. [In der heutigen Kammer-Sitzung] hat der Abgeordnete Hölder mit einer Anzahl seiner politischen Freunde einen Antrag auf die Aufhebung des Geheimenratshs eingereicht, d. h. die Kammer soll die Bitte an die Regierung richten, gesetzliche Einleitung zu treffen, daß 1) der Geheimenratshs aufgehoben und 2) an seiner Stelle ein Verwaltungsgerichtshof hergestellt und 3) die Funktionen des Geheimenratshs in Begutachtung von Geheimenratshs-Entwürfen an den Ministerialrat übertragen werden. Schon aus dieser Fassung des Antrages geht hervor, welchen Zwecken der Geheimenratshs bisher gedient hat. Er ist einmal die oberste Instanz in Verwaltungstreitigkeiten, er ist ferner diejenige Behörde, welche die von dem Ministerium ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe zu begutachten hat, bevor sie von den Ständen beraten und vom König sanktioniert werden. Er ist endlich überhaupt die Mittelsbehörde zwischen der Krone einerseits und zwischen Ministerium und Ständen andererseits. Zumal in seiner letzteren Eigenschaft ist der Geheimenratshs immer ein unpopuläres Institut gewesen, und seit dem Jahre 1848 hat die Auführung desselben einen besonderen Punkt in den Programmen der Parteien gebildet. Auch sind im vergangenen Jahrzehnt von den Ministern des Innern schon wiederholte Anläufe im Sinn einer Aufhebung des Instituts genommen worden, oder vielmehr im Sinn seiner Umgestaltung, so nämlich, daß seine unnatürlich vereinigten Functionen getrennt würden, eine Umgestaltung, die zugleich mit der vollständigen Trennung der Justiz von der Verwaltung und demnach mit umfassenderen Organisationen zusammenhängt. Dies ist auch der Grund, warum jene Projekte geblieben sind. Vorläufig scheint Minister Sick seine Organisationspläne noch nicht bis auf diesen Punkt ausdehnen zu wollen. Auch läuft man sich wohl, wenn man von der Umgestaltung des Geheimenratshs eine Reduktion in der Zahl der Beamten hoffen wollte. Denn neben der Einsetzung eines eigenen Verwaltungsgerichtshofs, wäre es notwendig zur Begutachtung der oft schon unsicher aus den Ministerien kommenden Geheimenratshs-Entwürfe zu verstärken, welche sich dieses bisher vom Geheimenratshs besorgten Geschäftes zu unterziehen hätten. (Sp. 3.)

Stuttgart, 7. November. [Der zweiten Kammer] ist heute eine Vorlage der Regierung betreffend die Abänderung des Gesetzes des Ministeriums des Auswärtigen eingegangen. Die Minderungen dieses Gesetzes betragen 20,619 Fl., wovon 10,000 Fl. auf wegfallig werden den Ministergehalt kommen.

Metz, 1. Novbr. [Modemontaden der Franzosen.] Metz

schreibt dem „Schwäb. Merk.“: Interessant ist es für den Deutschen, der die französischen Nachbarstädte während der Occupation gekannt hat, denselben jetzt einen Besuch abzustatten und das Treiben der wieder sich selbst zurückgegebenen Bevölkerung zu beobachten. Vor Allem fällt einem die Veränderung auf, die in den Buch- und Bilderhandlungen, in deren Ausstellungen sich so ziemlich die Gesinnungen der Massen abspiegeln, vor sich gegangen ist. Durch Wort und Bild werden da mit ungeheurem Ungenüge die märchenhaften Heldentaten der französischen Armee und das angebliche umgekehrte Verhalten der deutschen ins grelle Licht gestellt! Man sieht z. B. unter diesen Erzeugnissen der Selbstbehörung das Bild eines Württembergischen Offiziers, der sich mit dem hinter ihm stehenden Bataillone kriegsgefangen giebt und eben seinen Degen ausschändigt! Dabei steht die wütliche Inschrift: „Ein wüt. Offizier giebt sich mit seinem Bataillone einem Sergeanten und 12 Mobiliardisten gefangen.“ So äußert sich der Schmerz der großen Nation, auch von den Württembergern Schläge bekommen zu haben. Auf einem andern Bilde nimmt ein schmächtiger 12jähriger Junge einem wahren Riesen von Bayern das Gewehr ab, hängt sich dasselbe um und trägt es ins französische Lager. Die Bayern kommen überhaupt schlecht weg. Auch das famose, während der Occupation mehrfach veröffentlichte Bild, auf welchem ein von der Cultur noch unbekleideter biederer Pommern aus einer Nylonspröte raucht, die er für eine Tabakspfeife hält, ist wieder aufgetaucht. Kurz, man thut alles, um den deutschen Soldaten möglichst zu beschimpfen, und merkwürdigerweise scheint man hierbei nicht zu fürchten, daß je mehr man den Steiger verunglimpt, desto größer die Demütigung des Besiegten ist. So viel ist sicher, daß die französische Nation im letzten Kriege nichts am wenigsten aber Selbsterkenntniß gelernt hat, und daß man allgemein sich mit dem sehr zweckhaften Trost behilft, nicht besiegt, sondern verrathen worden zu sein.

W e i z .

Bern, 4. November. [Der Nationalratshs] ist heute in Berathung des neuen Entwurfs zu einer revidirten Bundesverfassung eingetreten. Er hat gegenüber dem Ständeratthe die Prävalenz der Berathung. Man ist heute schon ziemlich weit in der Berathung vorgedrungen. Ich thalte nachstehend die Verfassungskritik, welche im Nationalrathe angenommen worden sind, wörtlich mit, und werde nachher bei der Berathung im Ständerathe nur die von diesem gefassten abweichenden Beschlüsse mittheilen.

Die vom Nationalrathe verathenen und angenommenen Artikel laufen:

1) Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerhaften der zweibündniz souverän Canione als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nördlich Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf bilden in ihrer Gesamtheit die Schweizerische Eidgenossenschaft.

2) Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Bataverlands gegen Außen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Förderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

3) Die Canione sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

4) Alle Schweizer sind vor dem Gesetz gleich. Es giebt in der Schweiz keine Untertanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familie oder Personen.

5) Der Bund gewährleistet den Canionen ihr Gebiet, ihre Souveränität innerhalb der Grenzen des Artikels 3, ihre Verfassungen, die Freiheit, die Rechte des Volkes und die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger gleich den Rechten und Befugnissen, welche das Volk den Behörden übertragen hat.

6) Die Canione sind verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzuhören, der Bund übernimmt diese Gewährleistung, inssofern: a. sie nichts den Vorschriften der Bundesverfassung zu widerstehen enthalten; b. sie die Ausübung der politischen Rechte nach republikanisch - repräsentativen oder demokratischen - Formen sichern; c. sie vom Volke angenommen worden sind und redibiliert werden können, wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt.

7) Besondere Bindnisse und Verträge politischen Inhalts zwischen den Canionen sind untersagt. Dagegen steht ihnen das Recht zu, Bündnisse über Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens und der Verwaltung unter sich abzuschließen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Bündnisse etwas vom Bunde oder den Rechten anderer Canione zu widerstehen enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Canione berechtigt, zur Vollziehung die Mitwirkung der Bundesbehörden anzu sprechen.

8) Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen.

9) Ausnahmsweise bleibt den Canionen die Befugnis, Verträge über Gegenstände der Staatswirtschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzu schließen; jedoch dürfen dieselben nichts dem Bunde oder den Rechten anderer Canione zu widerstehen enthalten.

10) Der amtliche Verkehr zwischen Canionen und auswärtigen Staatsregierungen, sowie ihren Stellvertretern, findet durch Vermittelung des Bundesrates statt. Über die im Artikel 9 bezeichneten Gegenstände können jedoch die Canione mit den untergeordneten Behörden und Beamten eines auswärtigen Staates in unmittelbarem Verkehr treten.

11) Es dürfen keine Militär-Capitulationen abgeschlossen werden.

12) Die Mitglieder des Bundesbehörden, die eidgenössischen Civil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten oder Commissärs dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen over Gehälter, noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen. Sind sie bereits in Besitz von Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsverwaltung auf den Genuss der Pensionen und das Tragen der Titel und Orden zu verzichten. Untergeordneten Beamten und Angestellten kann jedoch vom Bundesrathe der Fortzug von Pensionen billigst werden. — Im schweizerischen Heere dürfen weder Orden getragen, noch von auswärtigen Regierungen verliehene Titel geltend gemacht werden. Das Annehmen solcher Auszeichnungen ist allen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten untersagt.

A f r i k a .

Tunis, 22. October. [Ministerkrisis.] Gestern kurz nach Sonnenuntergang, schreibt man der „Italia“, verkündigte ein Kanonen schuß den gläubigen Muselmännern den Eintritt in den Sühnemonat Ramadam. Wenige Augenblicke vorher waren mehrere Arabi (Portiere) in aller Eile durch das europäische Quartier in die Bureaux der Ministerien gelassen, um anzugezeigen, daß der Premierminister Sidi Mustapha Kasnadar gestürzt und durch den General Kereidine ersetzt worden sei und daß dieser gleichzeitig vom Bey mit dem Adlerorden decoriert worden sei. Der Dualismus, welcher schon seit langer Zeit in den höheren Regierungskreisen herrschte, war endlich so weit gediehen, daß man die Krisis für unvermeidlich hielt. Doch manche wollten nicht an den Sturz des Premierministers glauben, weil man nicht vergessen habe, daß der Bey ihn trotz aller Vorstellungen der europäischen Mächte nicht fallen lassen. Nachdem der Schlag geschehen war, war er natürlich Gegenstand der Unterhaltung in allen Kreisen.

Die vorherrschende Meinung spricht sich dahin aus, daß der Sturz des Premierministers von seinen Gegnern seit langer Zeit her vorbereitet worden ist und daß man dem Bey beigebracht habe, daß er dem Verluste seines Thrones entgegen gehe, wenn er den Kasnadar nicht fallen lasse. Die Ankunft des Herrn Wallat, seine Vorstellungen gegen die Englishe Bank, das Circular, welches die Einführung derselben untersagt und das den freunden Consulat nicht, wie es Brauch ist, durch die Regierung des Bey's, sondern durch den französischen

Consul zugeschickt worden war und worin es hieß, daß der Premierminister dem Herrn Kankung die Einräumung zur Gründung der Bank ohne Zustimmung des Bey's gegeben habe, alles das zeigte an, daß der französische Einfluß wieder maßgebend geworden war. Die Ernennung des Generals Kereidine war übrigens der sprechendste Beweis dafür. Das erwähnte Circular ist aber nach allgemeiner Meinung ein Risiko durch den neuen italienisch-tunisischen Vertrag und man weiß darüber in dieser Hinsicht hier sehr gespannt, welche Schritte die italienische Regierung thun wird. Bevor ich schließe, will ich noch erzählen, was sich vergangenen Montag den 20. in Dar-el-Bey abgetragen hat. Der Bey befand sich inmitten seiner neuen Benjaminne, als der Premierminister ihn überredete. Der Bey fragte ihn barsch, ob er gethan sei, daß er gerufen worden wäre. Der Frage (man muß voraussetzen, daß er gerufen worden war, um Rechenschaft abzulegen) erwiderte darauf, ohne sich einen Augenblick zu bestimmen: „Hohes, Alles, vor 40 Jahren, die ich fünf Beyen gedient, zusammengebracht und wenn Ihre Hoheit auch meine Kinder verlangen, um Kadid (Wurst) daran zu machen, so werde ich sie holen. Ich bedaure nur, Ihre Hoheit in der Umgebung von Kindern zu sehen, welche soviel noch meine Diener waren und die mir ihre Stellung verdanken.“ Nach diesen Worten verbeugte sich Siry-Mustapha und ging. Tags darauf entlud sich die Mine, welche ihn zu Boden werfen sollte.

Provinzial-Befreiung.

Breslau, 8. November. [Befreiung.] Wie die heutige „Volkszeitung“ meldet, hat die Königliche Regierung, Abtheilung für Schulwesen, an die Pfarrer der Stadt Breslau folgende Befreiung gerichtet:

„Breslau, den 31. October 1873. Nachdem der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten die Entscheidung getroffen hat, daß die zuständigen katholischen Pfarrer sich nicht weigern können, bei den sogenannten Altatholiken vorkommenden Geburten und Säuglingen, sowie die von einem katholischen oder evangelischen Pfarrer rechtschäftig geschlossenen Ehen der Altatholiken in das Kirchenbuch der kathol. Parochie ordnungsmäßig einzutragen, weil die Altatholiken ihren Austritt aus der katholischen Kirche nicht in rechtsverbindlicher Weise erklärt haben und deshalb nach den Gesetzen des Staates Mitglieder dieser Kirche sind, beauftragt die Ew. Hochschwörden, die unter den sogenannten Altatholiken Ihrer Parochie vorgekommenen und in Zukunft vorkommenden Geburten und die Beilegung der Namen der Kinder, die Sterbefälle und die Trauungen, welche Ihnen von dem königlichen Polizei-Präsidium hier unten möglicherweise werden, zur Vermeidung einer Executiv-Strafe von 5 Thaler, für jeden Fall der Weigerung in die betreffenden Kirchenbücher einzutragen.“

„Wir geben ferner hierdurch Ew. Hochschwörden Kenntnis von einer Anordnung, daß die sogenannten Altatholiken, da Ihnen als Mitglieder der katholischen Kirche ein Recht auf die Mitbenutzung der katholischen Kirche zusteht, ihre Leichen auf dem Archdeponie der gebürgten katholischen Parochie zu beerdigen haben und zwar in Gemäßheit der Polizei-Verordnung vom 3. December 1868 — Umschlag 1869 Seite 1 — in der fortlaufenden Reihe der Gräber, es sei denn, daß die Beerdigung in einem Familiengrabzähne erfolgt.“

„Da Ew. Hochschwörden die Altatholiken als Parochianen nicht annehmen, so wird Ihnen eine Meldung von den bevorstehenden Beerdigungen nicht gemacht werden. Es ist vor uns verfügt worden, daß die Beerdigung verstorbenen Altatholiken seitens des hiesigen Königl. Polizei-Präsidiums ohne Beziehung des kathol. Kirchen-Collegiums angeordnet werde.“

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

v. Willrich.“

Hd. Breslau, 7. Nov. [Pädagogischer Verein.] Die heutige Sitzung schloßte sich zu einer kleinen Feier um. Aus Anlaß der Wahl des Herrn Seminarlehrer Kiesel in Cregenburg, welcher Ehrenpräsident des Vereins ist, wurde vom Collegen Herold ein Dringlichkeitsantritt gestellt und von der Versammlung zum Beschluß erhoben, welcher die Feier bezeichne und auch zur Folge habe. Der Verein hätte alle Urtüche zu einer solchen Feier, da von Personen seines Vorstandes die Agitation eingeleitet und durchgeführt worden ist; namentlich wurde diese Agitation in der Provinz durch die Befreiungshaft ermöglicht, welche diese Personen als Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses sich erworben haben. Der neue Abgeordnete, der erste Pauschulrechts, der diese Würde bekleidet, wurde telegraphisch beglückwünscht.

○ Breslau, 7. November. [Handwerker-Verein.] Der Vorsitzende Herr Sanitätsrat Dr. Eger hatte für den gestrigen Abend einen Vortrag: „Aus der Natur“ angekündigt, meldete aber kurz vor dessen Beginn an, daß er plötzlich erkrankt sei und so war es den zahlreichen gesammelten Mitgliedern doppelt angenehm, den 2. Vorsitzenden, Herrn Ingenieur Nipper begrüßen zu können, der das an ihn gerichtete Gesuch um einen Vortrag bereitwilligst annahm, und seine Aufgabe, die er allerdings völlig unvorbereitet lösen mußte, zur Beendigung der Anwesenheit ausführte, indem er eine interessante Nachrede zu seinem früheren Vortrage über die „Wiener Weltausstellung“ gab. Nachdem er noch einige Fragen beantwortet hatte, erklärte Dr. Eger, daß er bald mit dem Sonnabend bei dem Stiftungsfest des Vereins erscheinen und die Festrede halten zu können. Die Vorstandswahl wurde abermals verschoben auf künftigen Donnerstag und lud höchstlich Herr Lindner die Mitglieder zu zahlreichen Besuchen des Stiftungsfestes ein, indem er noch besonders betonte, daß an das Fest sich ein Ball knüpfen werde und die Mitglieder bat, sich bald heut noch die Eintrittskarten zu lösen.

H. Breslau, 6. November. [Gewerbeverein.] Derselbe hat am 21. d. V. seine allgemeinen Versammlungen für diesen Winter wieder aufgenommen. In der an diesem Tage abgehaltenen Sitzung sprach Herr Oberlehrer Dr. Fries im Anschluß an eine Mitteilung über einige auf der Wiener Weltausstellung vorhanbene Modelle über die Canalisation von Paris und die Rieselfelder von Danzig (s. das Heftlein in Nr. 493 d. 3) und der Secretar des Vereins teilte mit, daß Seitens des Ministers dem Central-Gewerbe-Vereine nachträglich noch 150 Th

zähne Sünderin" aufgetreten, jedoch ohne solchen Beifall zu ernten, wie das vorige Mal. Es steht fast so aus, als sei das Publikum in dem revo- nierten Hause noch anpruchsvoller geworden, als in dem alten. Nach Woche gefielen die sächsischen Hoffschauspieler Deimler und Dessoir, andere Gastspiele werden folgen. — Nach einer Mittheilung der „Niederschl. Ztg.“ ist das Gehalt des Oberbürgermeisters Gobbin neuverdient auch um 20 %, also um 600 Thlr. erhöht; das Gehalt des Oberbürgermeisters war im Vorjahr allein nicht erhöht worden, als die übrigen Gehälter zum Theil sehr erheblich aufgestiegen waren; das ist nun also von den Stadtoberor- nern, und zwar aus freiem Anteile, nachgeholt worden. Es hieß schon neulich, daß die Stadtoberordnetenversammlung sich mit der Gehaltsverbesse- rung der ersten Beamten der Stadt beschäftigt habe, doch wollte man wissen, Seitens des Oberbürgermeisters sei die Gehaltsverhöhung abgelehnt. — Man spricht hier seit einigen Tagen von bevorstehenden Aenderungen in einigen wichtigen städtischen Ämtern. Der Geheime Regierungsrath Balditzeck Sattig, der oberste Litter der Communalständischen Bank wird, wie es heißt, aus Gesundheitsgründen aus seiner Stellung ausscheiden, für die der hiesige Landrat von Sydow bestimmt sein soll. Als dessen Nach- folger, heißt es, ist der Dr. J. von Seydewitz bestimmt, der Sohn des Landesbauernmann von Seydewitz. Obwohl diese Gründung mit sehr großer Bestimmtheit anzutreffen, wird die Richtigkeit derselben doch noch zweifach be- zweifelt, namentlich darum, weil man vom Landrat von Sydow niemals gehört hat, daß er sich mit dem Vortragen vertraut gemacht hat. Man würde übrigens Herrn v. Sydow, der früher Kreisrichter am hiesigen Gericht gewesen ist, so viel ich höre, ungern aus seinem Landratsamt scheiden sehen, denn er sich mit großer Gewissenhaftigkeit angesehen haben soll. — In dem benachbarten Rothenburger Kreise wird der neue Kreistag dem Bemühen nach die Frage noch einmal erörtern und eventuell zur Entscheidung bringen lassen, ob es zulässig ist, daß der Landrat außerhalb des Kreises seines stehenden Wohnsitz hat. Der Landrat von Rothenburg, ein Herr von Gersdorff, hat nämlich gleichzeitig ein ständisches Amt in Görlitz und wohnt in dem Communalstädtchen. Sowohl hier bekannt, geschieht es unter ausdrücklicher Genehmigung des Ministers des Innern, und der Rothenburger Kreisstag wird sonach höchstens für den Nachfolger des jetzigen Landraths eine Aenderung erzielen. — Ueber die Wahlen zum Abge- ordnetenhaus hört man nachträglich, daß sich die Conferenten diesmal wirklich der Hoffnung hingegeben haben, wenigstens einen Kandidaten, den nationalliberalen Kreisgerichtsrath Bock, durchzubringen und damit die Organisations der entschieden liberalen Partei zu sprengen. Der „Görlitzer Anzeiger“ hebt deshalb heute mit Recht die stramme Parteidiscipline der beteiligten Liberalen hervor u. d. spricht der Görlitzer „alten Garde“ und dem Laubauer Wahlkreise seine besondere Anerkennung aus. Bemerkens- wert ist es jedenfalls, daß in allen drei Wahlgängen auch nicht eine Stimme hervorsteht. Das zeigt übrigens auch von der Parteidiscipline der Gegenpartei. Den zahlreichen Conferenten, die in früheren Jahren für Herrn v. d. Heydt, Herrn v. Seydewitz, Herrn Staatsanwalt Kölsch, Herrn Glaser v. Gronau u. gestimmt haben, mag es schwer genug angekommen sein, diesmal einem Nationalliberalen ihre Stimme zu geben, aber ohne mit der Wimper zu zucken, haben sie dreimal für Bock gestimmt, nur um endlich einmal das Vergnügen zu genießen über Dr. Paur gezeigt zu haben. Für Kreisgerichtsrath Bock, dessen Wahl wenigstens im dritten Wahlgang von seinen Freunden für unzweifelhaft gehalten worden ist, war bereits ein Siegesfest veranstaltet, das dann freilich unterblieben mußte. Eine eigenartige Rolle in dem Wahlkampf hat ein Kreisrichter Ruge in Reichenbach gespielt, der in Laubau in der ersten Urwahlversammlung als nati. nicht liberaler Kandidat aufgetreten ist, sich damals durch heftige An- griffe auf Herrn v. Wigleben hervorgetan hat, dann in der diejenigen liberalen Wahlversammlung seine Wahl zum Comitemittee mit der Erklä- rung abgethan hat, daß er für Hage nicht stimmen kann, und schließlich an der Stunde seiner als liberal proklamierten Reichenbacher Wahlmänner in allen Wahlgängen für den Kandidaten des Wigleben'schen Comites ge- stimmt hat. Es ist der Herr, der Herr v. Wigleben in der Versammlung in Laubau Mangel an politischer Consequenz vorgeworfen hatte — und um deswillen hat seine Haltung bei der Wahl Aufsehen erregt, umso mehr, da der Herr Kreisrichter selbst als Kandidat vor der entschieden liberalen Partei aufgetreten war.

— ch. Görlitz, 6. November. [Stadtoberordneten-Wahlen. — Eine herrenlose Chaussee.] Die bevorstehenden Stadtoberordneten- Wahlen werden diesmal möglicherweise eine lebhafte Bevölkerung finden, als das sonst hier der Fall gewesen sein soll. Man erachtet, daß im vorigen Jahrzehnte die Stadtoberordneten-Wahlen hier durch einen Gesangverein be- sorgt sein sollen, der bei der allgemeinen Gleichgültigkeit der Bürgerschaft gegen die städtischen Angelegenheiten keine Mitglieder mit Richtigkeit durch die Wahl brachte. Seit Einführung der Einkommensteuer ist es mit der Bevölkerung, wie es heißt, besser geworden, und diesmal soll, wenn man den circuitären Gerichten Glauben schenken darf, eine Haupt- und Staats- action in Sache gelebt werden. Ich erwähnte schon neulich, daß in der „Niederschl. Ztg.“ für die Free Propaganda gemacht wird, durch stärkeres Abholzen der südlichen Forsten die Mittel zu beschaffen, um die Stadt der Notwendigkeit einer Auslaste von 500,000 Thalers zu machen, zu überheben und den durch Wegfall der Mag- und Schlagsteuer entstehenden Ausfall an Einnahmen zu decken. In neuzeitlich erschienenen langen Artikeln führt das die „N. Ztg.“ weiter aus und drückt sich dabei auf die Autorität des statthabenden Forstmeisters Wilski und des Oberbürgermeisters Gobbin, ohne daß von diesen beiden eine Einwiderung erfolgt wäre. Auch Seitens des „Görlitzer Anzeigers“, der früher sehr bestimmt für die bestehende Forstverwaltung eingetreten ist, wird von den erneuten Angriffen auf die Forstverwaltung keine Notiz genommen. Man scheint danach den Eindruck, den jene Artikel machen, zu unterschätzen und doch könnte man sich sagen, daß Angstfurcht einer bedeutenden Steuererhöhung der Vorschlag, durch Holz- einschlag gegen 1% Millionen zu realisieren, seine Wirkung nicht versiehen kann. Der Vorschlag bei der Stadtoberordneten-Versammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung keinen Anhang findet, so ist es die Absicht, bei den bevorstehenden Wahlen, die nicht weniger als 25 Stadtoberordneten betreffen, das Holzschlagen zum Partei-Programm zu machen. Bis jetzt hat nur der Kaufmännische Verein, der auch bei den politischen Wahlen seine Hand mit im Spiele gehabt haben soll, eine Verspreitung über die Stadtoberordnetenwahlen angezeigt; eine öffentliche Versammlung der Bürger ist noch nicht ausgeschrieben, obwohl die Wahlen noch in diesem Monate stattfinden müssen. Da im Kaufmännischen Vereine, wie ich höre, diejenigen Personen die Überhand haben, welche bei den letzten Wahlen als „National- librale“ so wenig glücklich debütiert haben, so läßt sich schon voraussehen, in welcher Richtung dort agitirt werden wird. Eine noch stärkere Ver- trüfung des Kaufmannstantes, als jetzt erscheint wohl selbst den Kauf- leuten überflüssig, und so wird es sich wohl nur darum handeln, Front gegen die jetzige Majorität der Stadtoberordneten-Versammlung und des Magistrats zu machen. Man darf auf die Beschlüsse, welche dort geschlossen werden, neugierig sein. Was die ausscheidenden Stadtoberordneten anstreben, so befindet sich mit Ausnahme des Kaufs. Dr. Ueckrich, der seit langer Zeit dem Bureau angehört, kaum einer darunter, der in der Stadtoberordneten- Versammlung als Abgeordneter oder als Commissionsmitglied eine vorherrschende Stellung eingenommen hätte; um ihre Wiederwahl oder Nichtwiederwahl wird sich also voraussichtlich kein Wahlkampf entzünden, eher noch um die Neubesetzung zahlreicher vacanter Stellen, welche durch Tod, Wegzug, Wahl in den Magistrat u. erledigt sind. — Die Görlitz-Nieky-Sprem- berger Chaussee eröffnet hat bis aufgelöst und die mit sehr großen Geldopfern erbaute Chaussee wird damit herrenlos. Die Bevölkerungen sind es müde geworden, fortwährend Gelöpfer zu bringen und zeigen es vor, auf ihr Eigentumsrecht zu verzichten, statt weiter Zuflüsse zu leisten, nachdem der Staat die Übernahme der Chaussee abgelehnt hat. Der Rothenburger Kreis ist erbittig, die Strecke von Siebenhufen bis Heide zu übernehmen, während die Görlitzer Landkreisversammlung noch keine be- stimmte Übernahmerklärung abgegeben hat. Der Görlitzer Stadtkreis ist dabei insofern interessirt, als die Niedschr. Chaussee eine der Hauptverkehrs- straßen für die Stadt ist. Obwohl kaum Aussicht vorhanden ist, daß die Einnahmen aus dem Chaussegeld und der Obhutpflicht jemals die Unter- haltungskosten übersteigen, beantragt der Magistrat doch, daß der Stadtkreis Görlitz 486 Ruten der q. Chaussee als Eigentum mit der Verpflichtung der Unterhaltung übernimmt. 434 Ruten fallen auf den Kreis Rothenburg 1080 Ruten wurde der Landkreis Görlitz zu übernehmen haben, wenn die Chaussee nicht ganz eingehen soll. Wenn übrigens auch die Stadt Görlitz ihren Anteil wohl unzweifelhaft übernehmen wird, ist es doch sehr zweifelhaft, wie sich der Görlitzer Landkreis zur Angelegenheit stellen wird. Wünschenswerth ist die Erhaltung der Verkehrsstraße jedenfalls.

A. Hainau, 6. November. [General-Lehrer-Conferenz. — Ber- gchen.] Gestern Vormittag von 10 Uhr ab wurde in einem Lehrerzimmer der hiesigen evangelischen Schule, unter Vorsitz des Superintendenten Pastor Böhl aus Kraibau, die herbst-General-Conferenz der Lehrer des unteren Sachsen abgehalten, wobei 41 Lehrer und 8 Geistliche anwesend waren. In einer Ansprache, die einzelne unterl gelassen, erging sich Vorsitzender ziemlich über den Streit der Wissenschaft mit dem Theologen und letztlich dann die Verhandlungen mit einem Berichte über die seit der Früh-

jahrs-Conferenz im Lehrerpersonal und in den Schulverhältnissen vorgegan- genen Veränderungen ein, hierzu folgende Notizen anknüpfend. Die Diöcese Hainau umfaßt 13 Parochien mit 37 evang. Schulen, die von 47 Lehrern besucht werden. Die Zahl sämtlicher Schüler beträgt 3780, 1865 Knaben und 1915 Mädchen, so daß durchschnittlich jede Schule von 80 Kindern besucht wird, welche Zahl aber in 18 Schulen eine weit höhere ist. Conferenzen waren 420. Eine Schule, die zu hinterst ist, ist unbewohnt und eine, zu St. Hedwigsdorf, wird intermission verwaist; 6 Lehrer sind versetzt worden; durch den Tod ausgedienten 3, Richter = St. Hedwigsdorf, Janisch- Baumannsdorf und Scholz = Gölschau; 1 Lehrer, Werner in Hainau, ist in einem andern Beruf getreten und Versicherungs-Bamter geworden. Mangelhafte, teilweise schlechte, Schulhäuser sind in Kraibau, Bütendorf, Biela, Hirschdorf, Gölschau, Reichs, Gremsdorf. In der Diöcese steht gegenwärtig nur 1 Emeritus: Cantor Becker in Kraibau; Jubilare sind Jacob = Conradsdorf und Karpe = Reichs. Von den an eb. Schulen wirkenden Lehrern haben 24 in diesem Jahre Dienstalters- anlagen aus Staatskosten erhalten und zwar nach 12jähriger Amtsähnlichkeit 20, nach 22jähriger 40 Thaler. — Hauptgegenstand der Besprechung war im weiteren Verlauf der Verhandlungen ein von Coita hier bearbeiteter Vortrag über die Bestimmungen vom 15. October vorigen Jahres, die als zeitgemäße Reformen des Schulwesens bezeichnet und willkommen gesehen wurden. Ueber die geforderte Einführung des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten neigte man sich der Ansicht zu, daß hierfür wöchentlich 2 Mal 2 Stunden als von sehr geringem Nutzen sich erwiesen und es wohl auch nicht vereinzelt an geeigneten Lehrkräften fehlen dürfte. Der kaum zu be- zeitende Widerstand vieler Gemeinden gegen die Einführung dieses Unter- richts werde sich bald verlieren, sofern seine segensreichen Folgen in die Erwachung treten würden. — In diesen Tagen haben die Mag. Julianne Walther beim Gastrich Jacob in Altenheim ein Kind, welches dieselbe bald nach der Geburt in einem Brunnen warf. Die dastige Polizei-Verwal- tung sandte die aufgefundenen Leiche per Post in einer Schachtel an die Staatsanwaltschaft in Löwenberg, von wo beides durch einen Executor heute der hiesigen Kreisgerichts-Commission zuging, um morgen die Section vor- nehmen zu können. Heute erfolgte die Verhaftung der unnatürlichen Mutter. — In Steinsdorf erhing sich aus Lebensüberdruck wegen andauernder und nicht zu besiegender Krankheit der Bahnwärter Rädler und aus gleicher Ursache versuchte in Modelsdorf ein verhinderter Knecht und Bauer mehrerer Kinder nach die Kehle zu durchschneiden, welche Verwundung den ohnehin voraussichtlichen Tod um etwa 24 Stunden beschleunigt hat.

K. Neumarkt, 7. November. [Berurtheilung eines katholischen Geistlichen. — Anlage.] Heute Mittag 12 Uhr stand im hiesigen Ge- enzehause vor dem Dreimänner-Gerichtshof, unter Vorsitz des Herrn Kreisgerichts-Director Kapner Termin an gegen den Herrn Pfarrer Steinach aus Schmölln bei Saal, welcher in einer Predigt in der Kirche zu Illnisch am 20. Juli, über die falschen Propheten gegen den § 130a. des Strafgesetzbuchs gehet. Der war Herr Rechtsauwalt Mittersdorf von hier den Angeklagten trefflich vertheidigte und dieser die incriminierten Aussagen nicht gelahn haben wollte, so erkannte doch auf Grund der Zeugenaufragen nach einer zweistündigen Verhandlung der Gerichtshof gegen Herrn Pfarrer Steinach auf 4 Wochen Festungshaft und Ergänzung der Kosten; der Herr Staatsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis beantragt. — Morgen Vormittag 11 Uhr steht eben dasselbe Termin an gegen den Herrn Grafen Hensel v. Donnersmarck wegen der dem Herrn Lehrer Klette zu Illnisch zugefügten Misshandlungen.

s. Waldenburg, 6. Novbr. [Gymnasium. — Gastwirthvereins- acht.] Der Königliche Provinzial-Schulrat Dr. Sommerbrodt aus Breslau inspirierte am Dienstag und Mittwoch das hiesige Gymnasium. Derselbe wohnte nicht nur abwechselnd in jeder Klasse dem Unterricht bei, sondern nahm speziell mit den Schülern der Secunda eine gründliche Prüfung vor, weil ein Theil derselben zu Diern I. J. die Peima bilden wird. Die Aufhalt erhielt durch die Errichtung dieser Klasse bezüglich des inneren Aufbaues ihren Abschluß, erforderlich aber auch zw. i. neue Lehrkräfte, weshalb das Curatorium in nächster Zeit die 2. Oberlehrer- und die letzte Stelle bejovis. Bewerbung auszuschreiben wird. Die gegenwärtig an der Universität wirkenden Lehrer werden zu dem bezeichneten Termine in die nächstfolgenden Stellen ansteuern. — Der hiesige Zweigverein schlesischer Gastwirte ist von dem Gastwirthverein in Breslau zur Teilnahme an einer im Café restaurant abuhaltenden General-Versammlung sowie zu dem am 21. d. M. stattfindenden Sitzungsfeste eingeladen worden. Durch Entsendung einer Deputation zur Generalversammlung wird der Einladung Folge geleistet werden. Die Unterhandlungen des hiesigen Vereins mit den beiden zu letztem als Mitglieder gehörenden Brauermestern wegen Aushebung des Bierauschlasses haben kein günstiges Resultat gebracht, da die Brauermester sich davon entzogen, die an sie in Art eines Contrates gestellten Afordernungen nicht zu unterzeichnen. Daher hat der Verein den Kaufmann K. Böhr auf's neue beauftragt, gutes, altes Bier aus Böhmen, Sachsen und der Provinz wie bisher zu beschaffen.

[Notizen aus der Provinz.] Seifenhennsdorf ist, wie der „Ober- lauf. Dorfz.“ geschrieben wird, seit einiger Zeit der Schauplatz einer Ver- kehrskaravane, welche die Bewohner in steter Furcht und Angst hält. Von 21. bis 28. October haben drei Einbrüche stattgefunden und ist es den Dieben in dem einen Hale gelungen, über 100 Thaler Geld und viele Wert- sachen zu erlangen. Seit einigen Tagen haben nun die Einwohner freiwilligen Wachdienst übernommen und dies hat wenigstens den Erfolg gehabt, daß es seitdem bei bloßen Einbruchversuchen geblieben ist obgleich keine Nacht vergeht, wo nicht Schrein eingedrungen, in die Fenster gebrochen, Gitter durchgebrochen und vergleichen mehr ausgeführt wird. Am 29. October, 3 Uhr, sah man 7 Mann aus einer Feinde kommen, die Kleunig entflohen, ant. ist man nur der Überzeugung, daß man es mit einer ganzen Bande zu tun hat. Tags vorher wurde ein Sproch einge- fangen; dieser hatte ein Verzeichnis von Ladenbesitzern und sonstigen Leuten, bei denen die Bande wahrscheinlich Besuch zu machen geplant. Vielleicht gelingt es, durch diesen den anderen auf die Spur zu kommen.

+ Glogau. Herr Rittmeister Graf v. Ballerstrem hat seine Festungs- haft beendet, derselbe wird am 7. November, Vormittag, 8 Uhr, von der Festung entlassen werden, und mit dem 11 Uhr-Zuge nach Breslau abreisen. — Sagan. Es leben hier gegenwärtig drei alte Männer, zwei Saganer Kinder und ein als „Thor-Vistor“ hier pensionierter Javalide, welche das 90. Lebensjahr überschritten haben. Zwey davon, darunter der letztere, sind auf ihr Alter noch gut zu Fuß und machen des Sonntags beim leichtesten Weiter ihren gewohnten Spaziergang nach dem Herberge, um sich dort der vergangenen Seiten zu erinnern.

— Liegnitz. Am 7. Novbr. wurde der Redaction des „Stadtblattes“ eine Wasserfälle vorgelegt, welche 3% Biund wog, 17 Centimeter im Um- hange und 10 Centimeter in der Höhe gemessen ergab.

= Tarnowitz. Am 3. November entgleiste der Breslauer Nachmittagszug, der um 2½ Uhr hier eintrifft, unmittelbar bei seiner Einfahrt in den vierigen Bahnhof, wobei zwei Waggons zerstört wurden. Da sich der Train auf dem Damm erhielt in weiteres Unglück und vor allem sind Menschenleben nicht zu beklagen. Der nach Breslau um 5% Uhr hier ab- gehende Zug erhielt, da das Gleis noch frei war und erst ein Zug aus Böhmia requirierte, eine einstündige Verstopfung.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts- Sternwarte zu Breslau.

Novbr. 7. 8	Maxm. 2 u.	Absc. 10 u.	Min. 6 u.
aufdruck bei 0°	330°, 60	331°, 59	331°, 61
+ 8,5	+ 7,0	+ 4,3	
2,91	2,53	2,93	
Dunstklärung	69 vst.	68 vst.	100 vst.
Wind	W. 1	SW. 1	SW. 1
Bettet	wolfig.	wolfig.	wolfig.

Breslau, 8. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 22 Em. U.-P. — M. — Em.

Berlin, 7. November. Der heutige Geschäftsvorlese unterschied sich in keiner Weise von dem gestrigen, weder zeigte die lustlose Tendenz noch der ungemein geringfügige Geschäftsvorlese eine wesentliche Aenderung. Selbst diejenigen Effecten, die gestern noch einen leidlichen Umsatz aufzuweisen hatten, blieben heute matt und träge, selbst zu herabgesetzten Coursen waren kaum die Verkaufs-Offeren zu effectuiren, da es gänzlich an Kauflust und Aufnahmeschwäche fehlt. Auch heute sprach man von Injolbenzen und gab diesen eine Bedeutung, die sie schwerlich verdienen; die Stödungen sollten eine Breslauer Holzhandlung und andere Firmen aus schlesischen Provinzstädten betreffen. Wieder bestimmten die Berichte aus New-York, sowie die andauernde Befürchtung, der zu erwartenden Erhöhung des Londoner Börskontos auch das ihrige dazu beitrug, die Stimmung hier unter Druck zu halten. Auf dem Geldmarkt bleibt die praktische Folge jener Befürchtung ebenso wenig aus, wie die Gelddarleher halten zurück und erhöhte sich der Privatdiscont bis 4%, diese Versteifung ist aber keineswegs durch gesteigerten Begehr hervorgerufen. Die internationalen Speculations-

papiere gingen nur in sehr beschränktem Maße um, mit einem Coursesverlust eingetragen schien es, als würden sie etwas anziehen können, bald gewann jedoch die Contremine die Oberhand und ein weiteres Sinken der Course war die Folge davon, da die Haussparthe überhaupt keine Macht hatte, das Feld behaupten zu wollen, Lombarden zeigten sich besonders flau, Döster. Creditactien waren wiederum an meist auf diesem Gebiet be- achtet. Sehr still blieben Döster. Nebenbahnen, die auch meist niedriger notierten. Auswärtige Fonds waren fast sämmtlich sehr gedrückt und weit- hund, namentlich Italiener und Türken, letztere wurden in Polen seitens der Arbitrage abgegeben, da man glaubt, einen stärkeren Rückgang dieses Effectes an der Londoner Börse vorauszusehen zu dürfen. Von Österreichischen Staatspapieren waren Renten matt, während sich für 1854 und 1860er Jahre zu steigenden Course einige Frage zeigte. Amerikaner wenig fest. Von Russischen Werken notierten Ltr.-Anleihen niedriger. Bahnen gingen lebhaft um und zogen im Course an. Bodencredit-Pfandbriefe beliebt. Preußische Fonds fest und nicht unbeteilt, namentlich waren 4% proc. Pfandbriefe begehr. Für Prioritäten war die Stimmung recht fest und Preußische zeigten ziemliches Leben, Österreich behauptete sich meist unverändert. Lombardische gedrückt, in Hst. fand nur ein sehr kleines Ge- schäft statt. Auf dem Eisenbahnmärkte reduzierten sich die Umsätze auf ein Minimum. Die rheinisch-westfälischen Speculationsdebiten blieben ziemlich unverändert. Poldamer ließen nach. Kleine Bahnen erfreuten sich ziemlicher Nachfrage, doch blieb der Verkehr meist beschränkt, da Material fehlte. Belebt waren Niedersachsen, Westfalen, Grajewo und Lüttich-Um- burg. Für Bantactien war die Stimmung keine einheitlich, denn während die von angeblichen Debiten, aber matt waren, trugen einige Nebenpapiere eine recht feste Physiognomie, bei anderen waren dagegen Umsätze nur durch Coursesreduktionen zu erzielen. Von sämmtlichen Bantactien ist aber zu erwähnen, daß der Verkehr sehr beschränkt blieb. Discount-Comm. per ult. 158—157 159%. Industriepapiere blieben sehr ruhig. Brauereiactien recht fest, aber still. Nürnberger steigend, Danziger Cattinfabrik, Central- baubverein und Westend höher, desgleichen Rathenower Holz- und Oranien- burger Chemische Fabr., Freund fest, Laura per ult. ca. 157—156—158—155%, Dortmunder Union 181—181—180%. (Bank. u. S. 3.)

Posen, 7. Nov. [Posener Provinzial-Wechsler-Bank] In der gestern abgehaltenen Generalsammlung der Actionäre der Posener Provinzial-Wechsler-Bank wurde nach langer und erregter Debatte beschlossen, eine Revisions-Commission einzufügen, welche einer demnächst einzuberuhenden außerordentlichen General-Sammlung über den Stand der Dinge Bericht erstatten soll. Zu Mitgliedern dieser Commission wurden die Herren Prinz Lubomirski, Rosenberg, Kantorowicz und Capot gewählt.

Berlin, 7. November. [Produktionsbericht.] Weizen zeigte eine recht flau Stimmung, und gab besonders für nahe Lieferung nach. Roggen loco einiger Handel. Termine wurden besonders für spätere Sais- ten öffentl. und meist billiger verlaufen. — Hafer loco behauptete sich im Werthe. Termine etwas matt. — Rüböl zeigte anfänglich eine flau Haltung, besserte sich aber schlüsslich wieder. — Spiritus wurde zu weichen- den Preisen verlaufen.

Russ. Brüm.-Anleihe 126%. 66er Russ. Br.-Anleihe 125%. Amerikaner 1882 93%. Köln.-M.-St.-A. 142. Rhein.-G.-St.-A. 135. Berg.-Märk. 104. Disconto 4% r. Et. Matt.

W. Börsenrungen: London lang 20, 05 Br., 19, 99 Gd., London kurz 20, 43 Br., 20, 33 Gd., Amsterdam 167, 60 Br., 166, 80 Gd., Wien 173, 00 Br., 171, 00 Gd., Paris 79, 15 Br., 78, 75 Gd., Petersburger Wechsel 265, 50 Br., 263, 50 Gd., Frankfurt a. M. 169, 50 Br., 168, 90 Gd.

Hamburg, 7. November. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Ter-Lermine ruhig. Roggen loco fest, auf Ter-Lermine ruhig. Weizen pr. 128 Gd. pr. Novbr. 1000 Kilo netto 236 Br., 234 Gd., pr. Novbr.-Dec. pr. 1000 Kilo netto 236 Br., 234 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 257 Br., 256 Gd.

Roggen pr. November 1000 Kilo netto 196 Br., 195 Gd., pr. November-December pr. 1000 Kilo netto 193 Br., 191 Gd., pr. April-Mai 190 Br., 188 Gd. — Hafer fest — Gerste still — Rübbel behauptet, loco 62%. pr. Mai pr. 200 Pfund 65%. — Spiritus flau, pr. November pr. 100 Liter 100 Prozent 56, pr. November-December, pr. Januar-Februar und pr. April-Mai 53. — Kaffee fest; geringer Umsatz. — Petroleum still. Standard white loco 13, 80 Br., 13, 60 Gd., pr. November 13, 50 Gd., pr. November-December 13, 60 Gd. — Weizen: Trübe.

Hamburg, 7. November, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörsse] Oesterl. Silberrente 63%. Amerikaner 93%. Italiener 57—56%. Lombarden 340, 50—337. Oesterl. Credit-Aktionen 177—177, 50—176, 75. Oesterl. Staatsbahn 705—703. Oesterl. Nordwestbahn —, Anglo-Deutsche Bank —, junge Hamb. Commerz- und Disconto-bank —, Rheinische Eisenbahngesellschaften —, Vergleichs-Märkte —, Köln-Mindener —, Lauerschütte 154, 25. Darmstädter Union 80%. Franzosen —, Norddeutsche Matti, besonders Italiener auf niedrige Londoner Notierungen.

Liverpool, 7. Novbr., Vormittags. [Bau-molle.] (Anfangsbericht.) Mithmäßlicher Umsatz 10,000 Ballen Mait. Tagesimport 4000 Ballen, davon 400 Ballen ostasiatische Baumwolle auf Lieferung billiger.

Liverpool, 7. Novbr., Nachmittags. [Bau-molle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen. Dabon für Speculation und Export 1000 Ballen. Billiger.

Midd. Orleans 8%, midd. amerikanische 8%, fair Dhollera 5%, midd. fair Dhollera 5, good midd. Dhollera 4% midd. Dhollera 4% fair Bengal 3%, fair Broach 5%, new fair Domra 5%, good fair Domra 6%, fair Madras 6, Bernam 5% — billiger 8%, Smyrna 6% Egyptian 9%. Petersburg, 7. Novbr., Nachm. 5 Uhr. [Producentenmarkt] Talg loco 45, Aug. 47, Weizen loco 14. Roggen loco 8, pr. Mai 8%, Hafer loco — pr. Octbr. 4%. Hans loco 38. Leinsaat (9 Bud) loco 18%. — Weiter: Veränderlich.

London, 7. November. [Getreidemarkt.] (Schluß) Sehr ruhig, unverändert. Weizen britischer Weizen 63—64, rother 60—63, Londoner Mehl 48—57.

Antwerpen, 7. November, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig, darüber 37%. Roggen steigend, amerikanischer 29. Hafer behauptet. Gerste unverändert, Benda 28.

Antwerpen, 7. Novbr. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 38 bez. und Br., pr. November und pr. December 37% bez., 38 Br., pr. Januar 38% Br., pr. Februar-März 37% Br. Fest Amsterdam, 7. Novbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten [Getreide-markt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert, pr. Mai 376. Roggen loco unverändert, pr. März 241, pr. Mai 239%. Raps pr. April 376, pr. November 353 fl. Rübbel loco 35%, pr. Herbst 34%, pr. Mai 36%. — Weiter: Trübe.

* Breslau, 8. Nov., 9% Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen wenig unverändert bei mäßigen Zunahmen und unveränderten Preisen.

Weizen, hohe Forderungen erschweren den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schleicher weißer 7% bis 9 Thlr., gelber 7%—8% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 7% bis 7% Thlr., feinste Sorte 7% Thlr. bezahlt.

Gerste mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Thlr., weiße 7 bis 7% Thlr. bezahlt.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen gesucht, pr. 100 Kilogr. 6—6% Thlr.

Widken mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4—4% Thlr.

Lupinen doch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4%—4% Thlr., blaue 3% bis 4 Thlr.

Bohnen mehr zugeschaut, pr. 100 Kilogr. 6%—6% Thlr.

Mais offerirt, pr. 100 Kilogr. 5%—6 Thlr.

Delfsäaten mehr Kauflust.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat . 7 12 6 8 10 — 9 — — Winter-Raps . . 7 7 6 7 17 8 8 2 6 Winter-Rüben . . 7 5 — 7 15 — 7 20 — Sommer-Rüben . 7 10 — 7 25 — 8 — Sommersalat . . 6 25 — 7 2 6 7 15 —

Rapskuchen behauptet, schlesische 72—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 96—100 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat nur neue rothe zugeschaut, rothe fester, neue 13—15% Thlr. pr. 50 Kilogr., weisse jähr. 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ruhiger, 9—11% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.

Sprechsaal.

Die Breslauer Elementar-Lehrer

erleben mit Dank an, daß Magistrat und Stadtverordnete in den letzten Jahren viel gethan haben für die Ausbildung der Lehrerbefolungen; aber trotzdem sind die Befolungen derartig, daß es den Lehrern nicht möglich ist die Ausgaben damit zu decken, die zum Leben nun einmal unangänglich notwendig sind. Man sagt den Lehrern immer, daß sie sich neueren durch Privatstunden Geld verdienen können, dem ist zu entgegnen, früher war es eher möglich, die Musikstunden brachten den Lehrern etwas ein, seitdem aber die Musikstunden entstanden sind, ist es anders geworden; außerdem denkt man an das Heer von Privatlehrern. Es ist gegenwärtig außerst schwer Privatstunden zu bekommen. Dann bedenke man, daß jede Privatstunde der Amtshäufigkeit schadet. Wo bleibt denn dem jungen Lehrer die Zeit sich weiter fortzubilden, wenn er gendigt ist nach den Schulfunden seine Zeit mit Privatstunden auszufüllen? — Es ist ein wahres Wort: Jedes Amt muß seinen Mann ernennen. Das möge man auch bedenken bei der Befolzung der Lehrer. Die Lehrer verlangen nicht mehr, als sie zur Ausführung einer sparsamen, einfachen Haushaltung durchaus haben müssen. Wahrlieke eine Unbescheidenheit. Bei Feststellung der Befolungen möge man sich vor allen Dingen fragen, ist es möglich, bei einer derartigen Befolzung die notwendigen Ausgaben zu decken oder nicht und möge man auch das Lebensalter vor Allem berücksichtigen. Alsdann werden die Lehrer zufrieden sein und die Schule wird gedeihen. Breslauer Lehrer, die Familien haben und sich in den dreißiger und vierziger Jahren befinden, kann man unmöglich mit 4—600 Thlr. bezahlen in einer Zeit, wo alle Lebensbedürfnisse eine enorme Höhe erreicht haben.

Die Breslauer Elementarlehrer haben das Vertrauen zu Magistrat und Stadtverordneten, daß bei der gegenwärtigen Aufstellung des Befolungsplanes das obengesagte eine billige Berücksichtigung finden wird.

Ein Lehrer.

[Eine zeitgemäße Erfindung.] Einem Wiener Blatte wird von seinem neuesten Modeartikel Kenntnis gegeben: Es ist ein Damenhuft, der auch in einzelnen Exemplaren schon aus Paris nach Wien gebracht wurde und die Erfindung einer amerikanischen Modistin sein soll, mit welchem dessen Trägerin, sobald sie es wünscht, erhöhen kann. An den Bindebändern desselben befindet sich auf der inneren Seite ein paar kleine Stahlflappen, welche, wenn die Dame sich bemeigt oder den Kopf senkt, die Arterien an beiden Schläfen drücken und sofort das Blut in die Wangen treiben. Hätten die betreffenden Damen etwas mehr Geschmac, so bedürfte es einer solchen Erfindung gar nicht; die zur Schau getragenen Moden würden dann an sich schon genügen, sie erblicken zu machen.

Berliner Börse vom 7. November 1873.

Wechsel - Course.

Amsterdam 250Fl.	10 T. 8	141 1/4	bz.
do, do	2 M. 6	140 1/2	bz.
Augsburg 100Fl.	2 M. 5	56 1/2	G.
Frankf.a.M. 100Fl.	2 M. 4 1/2	18	bz.
Leipzig 300 Thlr.	8 T. 6	99 1/2	G.
London 1 Lst.	3 M. 3	620 1/4	bz.
Paris 300 Frs.	10 T. 6	80 1/2	bz.
Petersburg 100SR.	3 M. 7 1/2	88 1/2	bz.
Warschau 90SE.	8 T. 7 1/2	80 1/2	bz.
Wien 150 Fl.	8 T. 5	87 1/2	bz. G.
do, do	2 M. 5	86 1/2	bz. G.

Fonds und Geld - Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	101 1/2	bz.
Staats-Anl. 4 1/2% consol.	4 1/2	104 1/2	bz.
do, do	4 1/2% oblige	98 1/2	bz.
Staats-Schuldcheine	3 1/2	92 1/2	bz.
Präm.-Anleihe v. 1865	3 1/2	118 1/2	bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	101 1/2	bz.
do, do	100 1/2	100 1/2	bz.
Pommersche	3 1/2	81	B.
Sachsenische	3 1/2	81 1/2	G.
Pommersche	4	90 1/2	bz. G.
Sachsenische	4	95 1/2	bz.
do, do	95 1/2	95 1/2	bz.
Ostpreuß. Pfandb.	4	94 1/2	bz.
Preussische	4	95	G.
Weißf. u. Rhein.	4	96	bz.
Sächsische	4	97	bz.
do, do	93 1/2	93 1/2	bz.
Ostpreuß. Süd-Anh.	4	108 1/2	bz. B.
Baier. Präm.-Anl.	4	112 1/2	bz. B.
Cöln.-Mind.Pfändm. 3 1/2	92 1/2	92 1/2	bz. G.

Hypotheken - Certificate.

Kurh. 40 Thin-Loose	69 1/2	bz. B.
Badische 35 Fl.-Loose	33 1/2	bz.
Braunsch. Präm.-Anl.	21 1/2	bz. G.
Oldenburger Loose	27	bz. B.
Louisiana 110% D.	Dollars 11 1/2	bz.
Sovereigns 6 1/2% G.	Frm'd. Bkn. 94 1/2	bz.
Napoleons 5 10/4% G.	Oest. Bkn. 87 1/2	bz.
Imperials 5 15/4% G.	Russ. Bkn. 81 1/2	bz.

Eisenbahn-Stamm-Aktion.

Dresden, pro	1871	1872	ZL.
Aachen-Maastricht	9 1/2	1	4
Berg.-Märkische	7 1/2	6	104 1/2
Berlin-Anhalt	18 1/2	17	144 1/2
do, Dresden	—	5	85 bz. B.
Berlin-Görlitz	0	3 1/2	99 1/2
Berlin-Hamburg	10 1/2	12	208 1/2
Berliner Nordbahn	—	5	30 bz. G.
Berl.-Potsd. Magd.	14	8	112 bz. B.
Berl.-Stettin	115 1/2	12 1/2	151 bz. G.
Böh.-Westbahn	8 1/2	5	91 1/2
Breslau-Freib.	9 1/2	7 1/2	104 1/2
do, neue	—	5	98 1/2
Cöln-Minden	111 1/2	97 1/2	142 bz.
do, neue	5	5	105 1/2
Cuxhaven-Eisenbahn	—	—	—
Dux-Bodenbach	5	5	38 b.
Gal.-Carl-Ludw.-B.	8 1/2	5	87 1/2
Halle-Sorau-Gub.	4	0	40 b.
Hannover-Altenb.	5	5	46 1/2
Kaschau-Oderberg	5	5	55 1/2
Kronpr. Rudolph-B.	5	5	67 1/2
Ludwigs.-Borb.	11	11	183
Märk.-Posener	0	0	40 b.
Magdeb.-Halberst.	8 1/2	8 1/2	123 1/2
Magdeb.-Leipzig	16	14	256 bz. B.
do, Lit. C.	4	4	94 1/2
Mainz-Ludwigshaf.	11	11 1/2	148 1/2
Niederschl.-Märk.	4		